

Gerhard Gröner

Zum Verhältnis von Regionalwissenschaft und Bevölkerungswissenschaft Ein Erfahrungsbericht¹

Ein Blick zurück: Verständigungs- und Koordinationsschwierigkeiten

Die Regionalwissenschaft befasst sich mit den vielfältigen Ausprägungen regionaler Strukturen und Entwicklungen. Die Bevölkerungswissenschaft untersucht Bevölkerungsstrukturen und Bevölkerungsentwicklungen. Da die Zusammensetzung der Bevölkerung und ihre Entwicklungstendenzen eine wesentliche Basis vieler regionaler Besonderheiten sind, folgt hieraus eine enge Verbundenheit zwischen Regionalwissenschaft und Demographie. Doch war eine gute Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Wissenschaften nicht immer gegeben. Vielmehr waren manche Missverständnisse und manche Unkenntnis um die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der jeweils anderen Seite auszuräumen. Einige Punkte seien nachfolgend, basierend oftmals auf Erfahrungen in der praktischen Zusammenarbeit, kurz angesprochen.

Es wird häufig in seinen Auswirkungen nicht hinreichend klar gesehen, dass einer fundierten und historisch gut begründeten Theorie der Regionalwissenschaften nur Teilstücke und Teilaspekte einer Bevölkerungstheorie gegenüberstehen. Nach bemerkenswerten Anfängen – erinnert sei an den englischen Pastor Malthus – folgten interessante, aber meist nur punktuelle Ansätze einer Bevölkerungstheorie; in Deutschland insbesondere vertreten durch die Arbeiten von Mommsen, Mackenroth, Linde, Mackensen oder Khalatbari. In Deutschland kam erschwerend hinzu, dass im Dritten Reich einige Bevölkerungswissenschaftler der Einvernahme durch politische Ideologien nicht hinreichend widerstanden hatten. Mit dem Ende des Dritten Reiches fand sich daher die Bevölkerungswissenschaft in Deutschland in einer Krise: Sie war behaftet mit dem Verdacht, Teile der Ideologien des Nationalsozialismus toleriert zu haben. Der mühsame Wiederaufbau der Demographie in Deutschland geschah daher zunächst über strikt datenorientierte und damit politisch unproblematische Untersuchungen der Bevölkerungsstatistik.

Dies wiederum führte dazu, dass Regionalwissenschaftler die Demographen vielfach als reine Datenlieferanten sahen. Sie nahmen nicht wahr, dass auf der Seite der Bevölkerungswissenschaft über die Daten hinaus weitergehende Erkenntnisse erarbeitet worden waren, die für die Regionalwissenschaftler von Interesse hätten sein können.

Andererseits nahmen auch die Bevölkerungswissenschaftler oftmals die Bedürfnisse der anderen Seite nicht wahr. Daher berücksichtigten die Aufbereitungen, Veröffentlichungen und Auswertungen der Daten nur in geringem Maße die Bedürfnisse der Regionalwissenschaft und Regionalplanung. Selbst wesentliche Grundstrukturen der Bevölkerung entsprachen sich in den Veröffentlichungen der verschiedenen statistischen Landesämter nicht. So veröffentlichte das eine Landesamt die Altersgliederung in Fünfergruppen, das andere für verwaltungsbezogene Altersgruppen. Ebenso unterschiedlich war der Ausweis der Gliederung nach Geschlecht; hier wurden die Gesamtzahl und darunter die Männer ausgewiesen, dort die Zahlen der Männer und der Frauen etc.

Die Gründe für dieses Vorgehen sind vielfältig. Die Statistik versuchte in ihren Veröffentlichungen bei stets kleiner finanzieller Ausstattung möglichst viele Bedürfnisse von Konsumenten zu befriedigen. In der Anmeldung und Durchsetzung ihrer Wünsche waren jedoch auf Landesebene die Fachressorts meist näher und stärker als die häufig unklaren oder gegenläufigen, auf viele Ressorts verteilten Wünsche der Regionalwissenschaftler und Regionalplaner.

Mit der Zunahme der elektronischen Datenverarbeitung rückten Datenbanken in den Bereich der Möglichkeiten. Leider wurden die Chancen dieses Instruments in der Statistik zunächst nicht überall erkannt, so dass im ersten Schritt leistungsstarke Landesämter wie beispielsweise Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen unkoordiniert eigenständige Datenbanken aufbauten. Die Konzeptionen dieser Datenbanken waren durch die jeweiligen Landesinteressen bestimmt – und damit waren erneut die Strukturen dieser Datenbanken nicht immer vergleichbar. Die zunächst noch geringen Speicher- und Verarbeitungskapazitäten machten es zu dieser Zeit noch nicht möglich, alle wünschenswerten sachlichen und regionalen Untergliederungen vorzuhalten.

In dieser Phase wurde auf Seiten der Regionalwissenschaft, der Regionalpolitik, der Raumordnung und Landesplanung erkannt, dass es notwendig war, sich auf einen Katalog benötigter Daten zu einigen, und diesen einstimmig zu vertreten. Ausfluss dieser Bestrebungen war beispielsweise der nach Empfehlungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) beschlossene Datenkatalog, der einer Vereinheitlichung der regionalstatistischen Datenbasis dienen sollte und letztlich zu den Konzeptionen von „Statistik Regional“ führte.

Die enorm gewachsenen Möglichkeiten der Datenverarbeitung ermöglichen heute vielfältige regional und sachlich tiefe Untergliederungen. Trotzdem muss darauf hingewiesen werden, dass die Statistik keine Daten liefern kann, die sie nicht erhebt – schließlich benötigt die amtliche Statistik für jedwede Datenerhebung eine gesetzliche Grundlage. Auch halten es manche Regionalwissenschaftler für einen guten Weg, zunächst eine enorme Menge tief gegliederter Daten anzufordern, und danach erst zu überlegen, was sie in welcher Gliederung eigentlich benötigen. Hierbei besteht häufig das Problem, dass erst im Nachhinein erkannt wird, dass die vie-

¹ Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Nachdruck aus dem Sammelwerk „Wachstum, Strukturwandel, Wettbewerb“, Festschrift für Klaus Herdzina, hrsg. von H. Walter, S. Hegner und J. M. Schechler; ISBN 38282-0146-6, © Lucius & Lucius, Stuttgart 2000, S. 323-S. 332.

len Daten auch hohe Kosten verursachen, dass man oft einen Tabellenstoß erhält, den man nicht überblickt und kaum zu bearbeiten vermag, und dass schließlich auf tiefer Ebene der Datenschutz manchem ehrgeizigen Untersuchungsvorhaben eine Grenze setzt.

Diese anfänglichen Probleme in der Zusammenarbeit weichen indes zunehmend einem besseren Verständnis der gegenseitigen Möglichkeiten und Grenzen. In guter und auch oft persönlich fundierter Zusammenarbeit können schwerwiegende Probleme in Angriff genommen und einer guten Bearbeitung zugeführt werden. Hoher Verdienst bei dieser immer besseren Zusammenarbeit kommt der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover (ARL) zu, die in Arbeitskreisen Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen zur Bearbeitung anstehender Probleme zusammenführt und dadurch die Zusammenarbeit intensiviert. Auch die seinerzeitige Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bad Godesberg (BfLR) hat bahnbrechende Arbeiten zu dieser Problematik beigetragen.

Aus der Sicht eines Bevölkerungswissenschaftlers sehen jedoch Regionalwissenschaft und Regionalpolitik noch immer zu sehr die Bevölkerungswissenschaft und -statistik lediglich in der Rolle des Datenlieferanten. Der Regionalwissenschaftler gibt die Aufgabenstellung vor, während die Bevölkerungsstatistik aufgefordert ist, passende Daten zur Verfügung zu stellen. Doch noch nicht in ausreichendem Maße nehmen die Regionalwissenschaftler auch die Analysen und die daraus fließenden Erkenntnisse der Bevölkerungswissenschaft wahr – obwohl sich hieraus vielfach bemerkenswerte Anregungen für Regionalwissenschaft und Regionalpolitik ergeben.

Ein interessantes, den Rahmen dieses kleinen Beitrags sprengendes Thema sind die Bevölkerungsprognosen. Die amtliche Statistik hat auf diesem Gebiet große Erfahrungen. Mit geschickten Modellansätzen und Variantenrechnungen ist es gelungen, die Auswirkungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung (das heißt von Geburten und Sterbefällen) im Rahmen der Möglichkeiten einer Prognose in hohem Maße vorzubestimmen. Bildungsplanung sowie Altenheim- und Pflegeheim-Planungen, gerade auch auf regionaler Ebene, profitieren von diesen Arbeiten, wenn es auch lange gedauert hat, bis zum Beispiel auf politischer Entscheidungsebene die Folgen immer höherer Lebenserwartung für die Finanzierung der Kosten der Gesundheit und des Alters erkannt wurden. Eine gewichtige und einflussreiche Komponente der künftigen Bevölkerungsentwicklung, nämlich die Wanderungsbewegung, entzieht sich jedoch üblichen statistischen Prognoseverfahren. Unerwartete politische oder ökonomische Brüche – erinnert sei an den Fall der innerdeutschen Grenze – sind in ihren Auswirkungen sehr gravierend. Sie sind aber faktisch in längerfristige Prognosen nicht einzurechnen. Vorwürfe der Planer, die Bevölkerungsprognosen seien unzuverlässig, – wie sie etwa in den Jahren nach dem Fall der Mauer erhoben wurden – sind insofern unbegründet.

Lehrreich ist ein weiteres Beispiel: In der zweiten Hälfte der 80er Jahre sahen die Regionalwissenschaftler, -politiker und -planer den Wohnungsmarkt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als ausgeglichen. Die Bevölkerungszahl hatte kaum mehr zugenommen und eine beachtliche Wohnungsbautätigkeit hatte zusätzliche Wohnungen zur Verfügung gestellt. Dann fiel im Herbst 1989 die Mauer – und unvermutet kam es in Westdeutschland zu einem Engpass in der Wohnungs-

versorgung; Turnhallen, Erholungsheime, Freizeitheime und ähnliches wurden als Notunterkünfte benötigt. Was war geschehen?

Zwar hatte in den Jahren zuvor die Bevölkerungszahl kaum mehr zugenommen. Die Haushaltsgrößen waren aber – von den Nichtstatistikern wenig beachtet – weiter abgesunken. Vor allem die Zahlen der Ein- und Zweipersonenhaushalte nahmen in hohem Maße zu. Damit wuchsen auch die Haushaltszahlen insgesamt deutlich an. Für den Bedarf an Wohnungen sollte aber nicht die Bevölkerungszahl Indikator sein, vielmehr muss hier die Zahl der Haushalte zugrunde gelegt werden.

Weiterhin ergab die im Zusammenhang mit der Volkszählung 1987 durchgeführte Wohnungszählung, dass Zehntausende von Wohnungen, die man nach aufsummierter Baufertigstellungsstatistik vorhanden glaubte, sozusagen statistisch verschwunden waren. So waren, dank günstiger steuerlicher Förderung, viele Einfamilienhäuser in den 70er und 80er Jahren mit Einliegerwohnung gebaut worden. In diese Einliegerwohnung zogen oft die Eltern oder ältere Verwandte. Im Laufe der folgenden Jahre starb der Bewohner der Einliegerwohnung. Die steuerliche Förderung war ausgelaufen und im Trend zu allgemein größeren Wohnflächen wurde die Einliegerwohnung in das Einfamilienhaus mit einbezogen. Bei der Wohnungszählung 1987 war in diesem Haus nur noch eine Wohnung vorhanden.

Die Daten dieser Wohnungszählung waren noch nicht vollständig ausgewertet, als die damalige Bundesrepublik durch einen hohen Zustrom an Asylbewerbern überflutet wurde. Vor der Neufassung der Asylgesetze versuchten viele Ausländer, rasch noch in die Bundesrepublik zu gelangen. Durch diesen Zustrom wurden die bestehenden Unterkunftsmöglichkeiten bereits überlastet, manche Städte mussten ergänzend Hotels anmieten. Nach 1989 suchten Hunderttausende von Bürgern der ehemaligen DDR, die kein Vertrauen in eine rasche Besserung der Verhältnisse dort hatten, Arbeitsplatz und Wohnung in der „alten“ Bundesrepublik. Mit großer Kraftanstrengung wurden diese Wohnungsprobleme gemeistert. Doch ist es immerhin rückblickend interessant, zu ergründen, wie es zu diesem Engpass kam.

Demographischer Strukturwandel: Eine Chance für die Kooperation von Bevölkerungs- und Regionalwissenschaft

Im zweiten Teil dieses Beitrags sei beispielhaft ein Problem angesprochen, das sich zunächst als demographisches Problem darstellt, das aber vermutlich für die künftige Struktur unserer Gesellschaft und damit auch für Regionalwissenschaft und Regionalplanung einige Bedeutung haben dürfte. Es handelt sich um die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtenden Tendenzen bei den Eheschließungen und den Ehelösungen, bei letzteren besonders den Ehescheidungen.

Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland vielfach behördliche Einschränkungen der Eheschließungsfreiheit: Die Gemeinden verlangten vom künftigen Ehemann den Nachweis, dass er eine Familie zu versorgen in der Lage war, weil sie verhindern wollten, dass mittellose Familien später der gemeindlichen Armenfürsorge zur Last fielen. Manche Personen konnten daher damals nicht heiraten. Sie blieben ihr Leben lang Knecht oder Geselle oder gingen ins Kloster. Diejenigen, die heiraten konnten, taten dies oftmals erst in

höherem Alter, etwa wenn der Altbauer den Hof übergeben hatte. Mit dem Wegfall dieser Heiratshemmnisse schien es in Deutschland fast selbstverständlich, dass nahezu alle das Heiratsalter erreichende Personen heirateten und dass die überwiegende Zahl der Kinder im Rahmen einer Ehe auf die Welt kam. Allerdings blieb unterbewusst zunächst noch die Vorstellung erhalten, dass der Mann erst heiraten sollte, wenn er eine Familie versorgen könne. Etwa ab 1960 begann jedoch auch diese Vorstellung zu bröckeln, auch Studenten oder noch in Ausbildung befindliche Personen heirateten. Das Alter der Volljährigkeit – mit dem Recht der Heirat auch ohne Zustimmung der Eltern – wurde auf 18 Jahre gesenkt. „Jung gefreit hat nie gereut“ wurde damals häufig zitiert. Die Heiratshäufigkeiten stiegen an und das durchschnittliche Heiratsalter sank.

Etwa seit 1970 ist nun eine gegenläufige Tendenz zu beobachten. Die Einstellung insbesondere der jungen Leute zu Heirat und Ehe hat sich geändert: Viele leben zunächst in einer Partnerschaft zusammen und heiraten erst später – oder gar nicht. Die Heiratsneigung ist aus vielschichtigen, häufig nicht klar erfassbaren Gründen deutlich zurückgegangen. Vor allem im jüngeren Alter, etwa bis zum Alter 25, sind die Heiratshäufigkeiten dramatisch abgesunken. Im mittleren Alter, etwa ab dem Alter 30, ist die Heiratsneigung nur wenig zurückgegangen oder hat sich stabilisiert, ohne dass dies die Abnahmen im jüngeren Alter ausgleichen würde.

Die Tabelle 1 lässt für das Land Baden-Württemberg – in anderen Bundesländern sind die Tendenzen ähnlich, in Ostdeutschland und in Stadtstaaten eher noch deutlicher – bezeichnende Tendenzen erkennen. So sank von 1970 bis 1997 im Alter 20 bis unter 25 Jahre die Heiratshäufigkeit der Männer von 107 auf 22, bei den Frauen von 211 auf 46 je 1 000 Nichtverheiratete der entsprechenden Altersgruppe. Erst ab dem Alter 30 bis 35 ergibt sich eine gewisse Stabilisierung der Heiratshäufigkeiten. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Heiratsneigung vor allem im jüngeren Alter sinkt, und eine zunehmende Zahl von Personen nicht heiratet. Die Personen, die heiraten, tun dies in deutlich höherem Alter, wodurch das mittlere Heiratsalter stark ansteigt. Tabelle 1 zeigt auch, dass im Durchschnitt im Jahr 1970 ein Mann mit 28 Jahren heiratete, im Jahr 1997 aber erst mit 33 Jahren. Bei den Frauen stieg im gleichen Zeitraum das mittlere Heiratsalter von 25 auf 30 Jahre an. Bei einem Mittelwert, der nur in einem begrenzten Bereich schwanken kann, ist dieser Anstieg um fünf Jahre eine sehr beträchtliche Veränderung.

Auf der anderen Seite steigen die Zahlen der Ehelösungen an. Grundsätzlich kann eine Ehe durch Tod eines Partners oder durch gerichtliches Urteil gelöst werden. Bei den Ehelösungen durch Tod überwiegen solche durch Tod des Mannes, denn die Männer haben eine um rund sieben Jahre kürzere Lebenserwartung als die Frauen. Zudem ist der Mann in der Ehe im Durchschnitt etwa drei Jahre älter als seine Frau. Die Ehelösungen durch Tod sind mit der Entwicklung der Sterblichkeit verknüpft und ansonsten wenig beeinflussbar.

Die Zahlen der Ehelösungen durch gerichtliches Urteil – es handelt sich nahezu ausschließlich um Ehescheidungen – sind in den letzten Jahrzehnten beinahe kontinuierlich angestiegen. Eine kurze Unterbrechung brachte die Einführung des neuen Scheidungsrechts: Die Familiengerichte mussten sich erst in die neue Rechtsmaterie einarbeiten, und für wenige Monate ergaben sich daher geringere Scheidungszahlen. Doch danach steigen die Zahlen und Anteile der Ehescheidungen kontinuierlich weiter an. Derzeit ist damit zu rechnen, dass rund ein Drittel aller Ehen vor dem Scheidungsrichter endet.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Heiratsneigung zurückgegangen ist. Viele heiraten gar nicht, und diejenigen, die es tun, heiraten erst in deutlich höherem Alter. Auf der anderen Seite werden viele Ehen bereits nach wenigen Jahren wieder geschieden, und von den Geschiedenen heiratet lediglich rund die Hälfte erneut. In Baden-Württemberg überwiegt in den letzten Jahren, im Bundesgebiet bereits länger, die Zahl der Ehelösungen die der Eheschließungen. Auch wenn die Wanderungsbewegung hier nicht berücksichtigt werden kann, geht in der Tendenz die Zahl der bestehenden Ehen zurück. Die Ursachen dieser grundlegenden Verhaltensänderungen sind vielschichtig und oftmals nicht quantifizierbar. Vielen scheint der Dauercharakter, die Lebenslänglichkeit der Ehe überholt. So werden heute ein Zusammenleben von jungen Menschen ohne Heirat und auch, dass daraus vielleicht Kinder erwachsen, weithin toleriert. Ein Indikator dafür ist der Anstieg des Anteils nichtehelich Geborener; er belief sich 1998 in Baden-Württemberg auf etwas über 13 %, in Deutschland auf 20 %, und in Mecklenburg-Vorpommern kamen sogar mehr Kinder außerhalb von Ehen auf die Welt als eheliche Kinder. Weitere Gründe für den Rückgang der Heiratshäufigkeit liegen in den längeren und qualifizierteren Ausbildungsgängen. Auch nach Abschluss der Ausbildung möchte und muss man, wie von Arbeitsmarkt und Gesellschaft gefordert, flexibel und offen sein für betriebliche und räumliche Veränderungen. Hinzu kommt ein insbesondere von Frauen geäußelter Wunsch nach Unabhängigkeit und ungehinderter Selbstverwirklichung. Viele frühere Aufgaben der Ehe sind heute von der Allgemeinheit, der Gesellschaft und vom Staat übernommen. Es besteht die Gefahr, dass die Ehe sich reduziert auf die Gemeinsamkeit von zwei Ehegatten, die sich lieben. Wenn jedoch durch die Anforderungen des Alltags und auseinanderlaufende persönliche oder berufliche Entwicklung der Ehegatten diese Grundlage schwindet, wird die Ehe in Frage gestellt. Viele junge Leute neigen wohl zu einer derartigen idealistischen Sicht; in zwei Drittel aller Fälle sind es die Frauen, die die Scheidung der Ehe beantragen.

Die genannten Faktoren führen nun dazu, dass der Anteil der Verheirateten in der Bevölkerung abnimmt. Diese Entwicklung verdeutlicht für das Land Baden-Württemberg Tabelle 2. So ist im Alter 20 bis unter 25 Jah-

Tab. 1 **Heiratshäufigkeiten nach Geschlecht und Altersgruppen sowie mittleres Heiratsalter in Baden-Württemberg**
(Heiratende je 1 000 Nichtverheiratete der gleichen Altersgruppe)

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen		
	1970	1980	1997	1970	1980	1997
15 - 20	7	3	2	52	21	8
20 - 25	107	57	22	211	112	46
25 - 30	162	105	57	168	108	88
30 - 35	112	71	69	90	68	81
35 - 40	68	47	52	46	38	51
40 - 45	57	33	38	25	24	32
Mittleres Heiratsalter ¹	28,3	28,9	33,2	24,9	25,6	30,4

¹ mittleres Heiratsalter aller Heiratenden

Tab. 2 **Verheiratetenquoten nach Altersgruppen und Geschlecht in Baden-Württemberg 1970 und 1997**

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Von der jeweiligen Altersgruppe waren verheiratet in %			
	Männer		Frauen	
	Mai 1970	Dez. 1997	Mai 1970	Dez. 1997
15 - 20	1	0	8	2
20 - 25	23	6	53	16
25 - 30	64	24	81	43
30 - 35	82	51	87	66
35 - 40	89	68	86	76
40 - 45	91	76	83	79
45 - 50	92	80	77	80
50 - 55	92	82	69	79

und damit auf rund die Hälfte. Erst in höherem Alter ergibt sich eine Stabilisierung, wobei leicht unterschiedliche Entwicklungen auf der Männer- und Frauenseite auf Unregelmäßigkeiten unserer Altersgliederung und auf die Tatsache, dass Männer meist jüngere Frauen geheiratet haben, zurückgehen.

Der dramatische Rückgang des Anteils der Verheirateten zeigt, dass immer weniger Personen in der festen Institution einer Ehe leben wollen, die manchmal als Fessel empfunden werden kann, die aber auch rechtliche und wirtschaftliche Sicherheit und Geborgenheit vermittelt. Andere Formen des Zusammenlebens mögen – vor allem in jungem und mittlerem Alter – beglückend und aufregend sein, sie bieten aber diese langfristige Verlässlichkeit nicht. Wenn man jung ist, vermag man immer wieder neue Beziehungen eingehen. Bei älteren, nicht mehr so attraktiven und vielleicht auch gesundheitlich angeschlagenen Personen wird dies jedoch schwieriger.

Die Folgen dieser Entwicklung – die von manchen Sozialforschern als eine beginnende „Entheiratung“ der Bevölkerung bezeichnet wird, sind noch nicht hinreichend durchdacht und in ihren möglichen Konsequenzen nicht ausgelotet. Erinnerung sei daran, dass in einer guten und verlässlichen Ehe die Partner sich finanziell und persönlich zur Seite stehen. Die finanzielle Notlage

re der Anteil der Verheirateten von 1970 bis 1997 bei den Männern von 23 % auf 6 % und bei den Frauen von 53 % auf 16 % und damit auf rund ein Viertel zurückgegangen. In der nächsthöheren Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahre sank von 1970 bis 1997 der Anteil der Verheirateten bei den Männern von 64 auf 24 und bei den Frauen von 81 % auf 43 %

eines Ehepartners, ein Unfall oder eine schwere Erkrankung werden in den meisten Fällen, ohne dass ein Sozialamt oder Betreuungsinstitutionen eingeschaltet werden müssen, gut bewältigt. Ein komplizierter Beinbruch eines Alleinstehenden dagegen macht – auch wenn die medizinische Behandlung dies nicht mehr erfordern würde – einen stationären Aufenthalt in einer entsprechenden und teuren Institution erforderlich. In einer guten Ehe werden Gemeinschaftsaufgaben wie das Erziehen von Kindern oder auch das Erarbeiten von Wohnungseigentum mit vereinten Kräften meist gut gelöst. Auch vermag ein Ehepaar dank gegenseitiger Unterstützung bei Gebrechlichkeit oder leichter Behinderung das selbständige, eigenbestimmte Leben oftmals um Jahre länger aufrecht zu erhalten, als dies bei gleicher Beeinträchtigung Alleinstehende könnten. Bei Alleinstehenden – vor allem, wenn gesundheitliche Beeinträchtigungen einsetzen, besteht im Alter die Gefahr der Vereinsamung bis hin zur Vernachlässigung oder gar dem Selbstmord.

Natürlich mag man einwenden, dass auch eine gute Partnerschaft derartige Probleme zu bewältigen vermag. Dies ist nicht bestritten, doch zeigt sich immer wieder, dass in Krisenzeiten auch seit längerem bestehende Partnerschaften schneller zerbrechen als Ehen.

Aus gesunkenen Heiratshäufigkeiten und gestiegenen Scheidungshäufigkeiten resultieren zurückgehende Zahlen von Ehen – die man bisher als den Grundbaustein unserer Gesellschaft bezeichnet hat. Die sich abzeichnenden Folgen sollten rechtzeitig bedacht werden. Die Auswirkungen auf unsere Systeme der sozialen Sicherung könnten gravierend sein.

Als eine der möglichen Folgen, die unter anderem Regionalwissenschaftlern, -politikern und -planern Anlass zum Nachdenken geben sollten, wird der Bedarf an Betreuungsinstitutionen in erheblichem Maße zunehmen. Dies gilt sowohl für Zeiten der Genesung und Rehabilitation nach einer schweren Erkrankung als auch für das höhere Alter, wenn sich Alleinstehende nicht mehr selbst versorgen können bzw. die Familie diese Versorgung nicht leisten kann. Damit wird auch der Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften in diesem Bereich ebenso zunehmen wie der Bedarf an entsprechendem Wohnraum, z. B. in Form von betreutem Wohnen.

Herr Gröner ist korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Sitz Hannover) und Mitglied der Deutschen Statistischen Gesellschaft sowie außerplanmäßiger Professor für Bevölkerungswissenschaften an der Uni Stuttgart-Hohenheim; bis zu seinem Ausscheiden 1998 war er 38 Jahre im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg tätig, zuletzt als Leiter der Abteilung „Bevölkerungsstatistik“.